Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Poln.-Oberschl. 12 Gr. für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 72 | Mittwoch, den 17. Juni 1931 | 80. Jahrgang

Hoover über die Weltwirtschaftskrise

Die Rüstungen sind an der europäischen Krise schuld — Amerika muß erst selbst saniert werden — Aussichten für eine Besserung vorhanden

Washington. Auf einem Bankett der Vereinigung republikanischer Chefredakteure in Indianapolis hielt der Präsident der Vereinigten Staaten eine innerpolitische Programmrede, die von den Zuhörern als Beginn der Champagne zu seiner Wiederwahl betrachtet werde. Hoover vermied es, auf die außenpolitische Lage einzugehen mit Ausnahme der Feststellung, daß die Depression ihren Ursprung nicht in Amerika habe.

Sie sei im Auslande entstanden und zwar infolge der ungünstigen Wirtschaftslage, die der Weltkrieg in Europa hinterließ u. a. auch durch die steigenden Rüstungen und die Verschaldung des Wirtschaftsleben, durch die neue Grenzführung,

ohne diese Einwirkung von Russen wolle sich Amerika von der eigenen, durch die Spekulation hervorgerufene einheimische Depression, schon vor Monaten gewehrt haben. Trotz der Wirtschaftsverbundenheit der Nation, die er nicht unerschätzen wolle, so fuhr der Redner fort, werde sich Amerika bald wieder aufraffen, da es stark sei. Er würde an hohen Schutzzöllen und Abdrosselung der Einwanderung festhalten, bis die amerikanischen Bürger wieder Arbeit gefunden hätten. Eine Anziehung der Steuerschraube zur Ueberbrückung der gegenwärtigen Lage müsse er ablehnen, da dadurch der Industrie das benötigte Kapital genommen werde.

Er trete für die Arbeitslosenversicherung ein, sofern diese sich auf einen Vertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beschränke,

die Regierung aber aus dem Spiel lasse.

Wer sich durch den Zolltarif bedrückt fühle, habe die Möglichkeit sich jederzeit an die Zolltarifkommission zu wenden.

Amerika müsse zunächst sein eigenes Haus in Ordnung bringen;

denn ein „prosperieren des Amerika sei der Anfang einer prosperierenden Welt" Hoover stellte in Aussicht, daß er eine Revision des Banken- und Börsensystems empfehlen werde und anstatt des Fünfjahresplans schlage er einen „Amerika-Plan" vor, der für die in 20 Jahren in die Millionen wachsende Bevölkerung bessere Lebensbedingungen verschaffe, nämlich bessere Häuser, neue Fabriken, neue Parks und Schulen. Er werde, so schloß Hoover, treu der demokratischen Tradition, die jedem eine Chance gebe, durch besondere Vorschriften auf diesem Wege fortschreiten.



Jules Cambon schwer erkrankt

Der ehemalige französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, hat einen Schlaganfall erlitten; sein Zustand ist äußerst kritisch. Cambon steht im Alter von 86 Jahren; er war von 1907 bis Kriegsausbruch Botschafter in Berlin.

Brüning gegen Reichstagseinberufung

Ergebnislose Besprechungen mit den Parteiführern — Drohungen mit dem Rücktritt

Berlin. Ueber die Besprechungen des Reichskanzlers am Montag wird amtlich mitgeteilt:

Reichskanzler Dr. Brüning empfing am Nachmittag und Abend in der Reichskanzlei im Beisein der Reichsminister teils in gemeinsamen, teils in getrennten Besprechungen die Fraktionsvorstände der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei, des Landvolkes, der Bayrischen Volkspartei, der Staatspartei, der Sozialdemokratischen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. An sämtlichen Besprechungen nahmen auch Reichsbankpräsident Dr. Luther und mit Ausnahme der Empfänge der beiden letztgenannten Fraktionen auch Reichstagspräsident Löbe mit den Vizepräsidenten Esser und von Kardorff und der preußische Ministerpräsident Dr. Braun mit Innenminister Severing teil.

In sämtlichen Besprechungen betonte Reichskanzler Dr. Brüning mit Nachdruck, daß die Reichsregierung an alle geladenen politischen Parteien des Reichstages den vaterländischen Appell richten müsse, in der morgigen Aeltestenratssitzung den Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstages abzulehnen. In eingehender vertraulicher Aussprache wurden alle Gründe, die für Reichsregierung und Reichsbankpräsident entscheidend sind, dargelegt und erörtert. Beschlüsse würden naturgemäß nicht gefaßt. Die Fraktionsvorstände übernehmen es, die amtlichen Darlegungen zur Kenntnis ihrer Fraktionen zu bringen.

Hoffnungslose Lage Brünings

Berlin. In den späten Nachtstunden des Montag haben in der Reichskanzlei erneute Besprechungen stattgefunden, an denen neben beteiligten Ressortministern der volksparteiliche Abgeordnete Dingeldey und der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitscheid teilnahmen. Ueber die Besprechungen wurde kein Bericht herausgegeben.

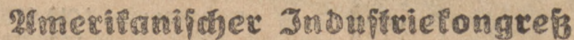
Wie die „DAZ" erfährt, war Hauptgegenstand dieser Besprechung der Versuch, in der Frage der arbeitslosen Jugendlichen unter 21 Jahren ein Kompromiß herbeizuführen. Das soll nur teilweise gelungen sein. Andere Fragen seien zwar berührt, aber ebenfalls nicht gelöst worden.

Die „Vossische Zeitung" hält es nicht für ausgeschlossen, daß unter den veränderten Verhältnissen die Möglichkeit an Bedeutung gewinnt, daß auch in der heutigen Sitzung des Aeltestenrates eine endgültige Entscheidung über die Einberufung des Reichstages nicht fallen werde. Zwar würde eine solche Vertagung die Unsicherheit verlängern, sie würde aber der Regierung Zeit geben, alle Möglichkeiten in weiteren Verhandlungen mit den Parteien auszunutzen.

Die österreichische Krise

Wien. Die amtliche Mitteilung über den gegen 22 Uhr abgeschlossenen Ministerrat besagt, daß den Kammern ein Gesetzentwurf vorgelegt werden wird, durch den der Regierung die Ermächtigung erteilt werden soll, gegenüber Staaten, mit denen eine vertragsmäßige Regelung der Handelsbeziehungen nicht besteht, die Einfuhr gewisser Waren zu verbieten oder an eine besondere Bewilligung zu binden. Dieser Gesetzentwurf ist angesichts der Tatsache, daß in den nächsten Tagen eine Anzahl von Handelsvertragsbindungen infolge von Kündigungen abläuft, besonders wichtig, da er der Regierung die Möglichkeit gibt, bei einem Zollkrieg entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Hauptamtliche Mitteilung über den Verlauf des Ministerrats besagen außerdem, daß sich die Verhandlungen über die Ausgabe von 150 Millionen Schatzscheinen, die mit französischen und anderen nationalen Kreditinstituten geführt werden, in einem fortgeschrittenen Stadium befinden. Die Verhandlungen mit dem internationalen Stillhaltungskonsortium, die eine Stundung der auswärtigen Kredite der Kreditanstalt zum Gegenstande haben, sind, wie verlautet, bis in die späten Abendstunden forgeführt worden. Auch sie sollen vor dem Abschluß stehen.



Amerikanischer Industriekongreß

Neuyork. Auf eine Anregung des Vizepräsidenten der American Federation of Labour, Matthew Woll, hat die einflußreiche National. Civio Federation etwa 600 Führer der amerikanischen Industrie und Finanz in einem Rundschreiben aufgefordert, für den kommenden Herbst, einen Industriekongreß einzuberufen, dessen Aufgabe es wäre, im Rahmen eines Zehnjahresplans ein großzügiges kooperatives Wirtschaftsprogramm auszuarbeiten, welches den gegenwärtigen „chaotischen" Verhältnissen ein Ende machen und das Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch, wiederherstellen solle. Woll beabsichtigt die Einführung des Sechsstundentages und die Fünftagewoche auf dem geplanten Kongreß zur Sprache zu bringen.





Litauens Gesandter verläßt Berlin

Der litauische Gesandte in Berlin, Venceslas Sidzikauskas, tritt von seinem Berliner Posten zurück, und wird die Leitung der Londoner Gesandtschaft übernehmen.

Briand muß raus!

Die Interpellation gegen das französische Kabinett.

Paris. Die Interpellation des französischen Abg. Franklin-Bouillon, über die morgen in der Kammer debattiert werden soll, behandelt die „Notwendigkeit, der aus der Zusammensetzung des Ministeriums sich ergebenden Zweideutigkeit" ein Ende zu bereiten, die die Interessen des Landes „lähmt und schwer gefährdet". In die Debatte wollen u. a. auch die rechtsstehenden Abg. Marin und Raibell eingreifen. Auf dem Programm der morgigen Kammersitzung steht offiziell das Flottenbauprogramm für 1931/32. Die sozialistische Fraktion will die Vorfrage stellen und hat dementsprechend den Antrag eingebracht, die Aussprache hierüber bis nach der allgemeinen Abrüstungskonferenz zu vertagen.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Stimson und Mellon

London. In amerikanischen wohlunterrichteten Kreisen vermehren sich, die „Crentral News" aus Washington meldet, die Befürchtungen, daß zwischen dem Staatssekretär Stimson und Mellon gegensätzliche Auffassungen in der Reparationsfrage bestehen. Während Stimson einer Neuregelung der Reparationen bis zum einem gewissen Grade nicht abgeneigt sei, lehne Mellon jeden Vorschlag ab, der das Defizit im amerikanischen Staatshaushalt vergrößern könnte.

Zunahme des deutschen Unterrichts in New York

New York. Nach dem Bericht der städtischen Schulbehörde ist der Unterricht in der deutschen Sprache in der letzten Zeit nahezu viermal so stark wie der französische Unterricht angewachsen, so daß die Erwartung gerechtfertigt erscheine, daß Deutsch an die Spitze des fremdsprachlichen Unterrichts in den städt. Schulen tritt.

Generalstreik in Palästina

Jerusalem. Der arabische Exekutivausschuß beschloß für Mittwoch in Palästina einen Generalstreik auszurufen und zum Andenken an die drei Araber, die im Zusammenhang mit den Unruhen von 1929 hingerichtet wurden, religiöse Feiern abzuhalten. Zwei Kommunisten wurden zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie während des Festes Medimusa aufrührerische Schriften verbreitet hatten.



Der Träger der Planck-Medaille

Prof. Dr. Arnold Sommerfeld-München, der mathematisch orientierte Schwingungsforscher, erhielt die Plank-Medaille, die vor ihm nur an Einstein und Bohr verliehen wurde.

Die Ford-Werke in Köln

Köln. Die neue Fordfabrik auf dem Nieler Hafengelände, mit deren Bau man vor fünf Monaten begonnen hatte, wurde heute in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, Vertreter der staatlichen und kommunalen Behörden, sowie prominenter Persönlichkeiten aus Industrie und Wirtschaft feierlich eröffnet.

Während des Eröffnungsaktes ruhte auf ein Sirenensignal der Betrieb des ganzen Werkes. Generaldirektor Heine von den Ford-Werken begrüßte die Anwesenden mit herzlichen Worten und dankte für das Entgegenkommen, das die Behörden dem Unternehmen bewiesen haben. Heine wies auf den deutschen Charakter des Werkes hin, an dem nur deutsche Arbeiter mitwirken und zu dem die deutsche Industrie ihr Rohmaterial liefert. Von dem 15 Millionen Mark betragenden Kapital der Ford A. G. sei 40 Prozent deutsch.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer unterstrich die Worte des Generaldirektors Heine über den deutschen Charakter des Werkes und betonte, daß die Fabrik nicht nur für Rheinland-Westfalen, sondern auch für die Stadt Köln eine wertvolle Bereicherung bedeute.

Gleichzeitig mit der Eröffnung trafen die Teilnehmer der Ford-Sternfahrt aus allen Himmelsrichtungen in Köln ein. Man rechnet mit etwa 10 000 Motorfahrzeugen.

Volkstumsbewußtsein — auch im Sportsleben

Aus auslanddeutschen Sportkreisen wird dem Deutschen Ausland-Institut geschrieben:

Mehrfach, zuletzt bei den 3. Deutschen Kampfspielen, anläßlich der Begrüßung der deutschen und auslanddeutschen Presse durch den Magistrat der Stadt Breslau, haben Vertreter der auslanddeutschen Presse gegen die landläufige Art der Sportberichterstattung im Reiche Verwahrung eingelegt.

Die Erfolge von Sudetendeutschen an internationalen Wettkämpfen wurden, selbst von wohlunterrichteten Weltblättern, als solche der Tschechen bewertet. Sudetendeutsche Sportler, die sich zu ihrem Volkstum bekennen, wie R. Menzel-Prag, das Ehepaar Hoppe-Troppau oder W. Dick, F. Donth, A. Ettrich, R. Purkert und F. Möhnwald vom Hauptverband Deutscher Wintersportvereine — um nur diese zu nennen — wurden nicht als Auslanddeutsche, sondern glattweg als Tschechen angesprochen.

Hiergegen mehren sich neuerdings energische Proteste im Auslandeutschtum, die sich gegenüber solchen ungenauen und irreführenden Meldungen verwahren, die dem Auslanddeutschtum im Kampf um ihr Volkstum einen schlechten Dienst erweisen.

Die größte Schiffahrtskatastrophe Frankreichs

Ein Sturm kentert Ausflugsdampfer — Bisher über 400 Tote gemeldet

Paris. Am St. Nazaire wird gemeldet, daß der Dampfer „Saint Philbert“, der Montag vormittag mit einer 500 bis 600 Personen zählenden Ausflugsgesellschaft Nantes verlassen hatte, 100 Seemeilen von St. Nazaire entfernt, in einen Sturm geraten und untergegangen ist. Bisher sind acht Passagiere gerettet worden.

*

Paris. Nach den letzten Nachrichten aus St. Nazaire hat das Schiffsunglück in der Bucht von Bourgneuf nicht, wie zuerst angenommen wurde, mehr als 500, sondern etwa 350 Todesopfer gefordert. Erst später stellte es sich heraus, daß etwa 150 Ausflügler den Dampfer wegen des heraufziehenden Unwetters bereits in Pornio verlassen hatten, um mit der Eisenbahn nach Nantes zurückzukehren. Acht Personen konnten aus dem Wasser gezogen werden. Ein Geretteter berichtet, daß der Dampfer in einer Minute gesunken sei. Durch das Hindrängen der vielen Menschen nach einer Seite habe er Schlagseite erhalten und sei durch eine Sturzsee plötzlich gekentert. Der Seegang sei so stark gewesen, daß auch das Rettungsboot mehrfach umgeschlagen sei, wobei noch zwei Gerettete ertrunken seien. Um ihn herum hätten unzählige Menschen hilflos mit dem Tode gerungen. Die markerschütternden Schreie der Ertrinkenden, darunter viele Frauen und Kinder, hätten den Sturm und das Brausen des Seeganges übertönt.

*

Paris. In den Vormittagsstunden des Montags waren neue, sichere Einzelheiten über den Schiffbruch des Dampfers „St. Philbert“ noch nicht zu erlangen. Gegen Mittag wurde die Zahl der Toten auf 400 bis 440 angegeben. Die genauen Zahlen, die man aus dem widerspruchsvollen Gewirr entnehmen kann, sind folgende: Es fuhren am frühen Morgen 467 Passagiere ab; die Zahl der Geretteten wird von zuständiger Seite jetzt auf 25 angegeben. Ueber die Zwischenmeldung, daß bei der Rückfahrt etwa 150 Personen wegen des Sturmes auf halbem Wege an dem Küstenort Pornio ausgestiegen seien, war eine endgültige Bestätigung bis jetzt noch nicht zu erreichen. In St. Nazaire an der Mündung der Loire in den Atlantischen Ozean wurde der See-Boulevard, von dem aus man den Signalleuchtturm von St. Gildas sehen kann, abends von Tausenden überflutet, die aber außer den haushohen Wogen der hochgehenden See nichts mehr wahrnehmen konnten. Es ist das schwerste Seeunglück, das sich an dieser Küste, die schon so viele Schiffskatastrophen sah, seit Menschengedenken ereignet hat.

Einigung über die Arbeitszeit

Genf. Die Arbeiten der Kohlenkommission der Internationalen Arbeiterkonferenz über die Regelung der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken sind so gut wie abgeschlossen. Die endgültige Abstimmung der Kommission über den Entwurf ist für morgen zu erwarten. Die vorgesehene Regelung stellt sich ungefähr folgendermaßen dar:

Das vorgeschlagene Uebereinkommen über die

Festlegung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau gilt für sämtliche Kohlenbergwerke.

Das Abkommen erstreckt sich auf alle Arbeitnehmer mit Ausnahme solcher, die im Aufsichtsdienst beschäftigt sind. Im Steinkohlentiefbau darf die Dauer der Anwesenheit im Bergwerk sieben Stunden 45 Minuten täglich nicht überschreiten. An Sonntagen und gesetzlich anerkannten Feiertagen dürfen Arbeitnehmer im Kohlenbergbau nicht beschäftigt werden. Ausnahmen für Arbeitnehmer unter 18 Jahren sind genau festgesetzt. Für rein wirtschaftliche Zwecke kann die zuständige Behörde den Unternehmern nach Befragung der beteiligten Berufsverbände

für das ganze Jahr 60 Ueberstunden im Steinkohlentiefbau zur Verfügung stellen.

Diese Ueberstunden müssen mindestens um 25 Prozent höher bezahlt werden, als der gewöhnliche Lohn beträgt.

Für den Braunkohlentiefbau gelten dieselben Bestimmungen mit folgenden Aenderungen:

Kollektive Arbeitsunterbrechungen bis zur Höchstdauer von einer halben Stunde dürfen in die Arbeitszeit nicht eingerechnet werden. Die Zahl der Ueberstunden darf höchstens 75 im Jahr betragen, außerdem kann die zuständige Behörde Gesamtarbeitsvereinbarungen zulassen, die höchstens 75 weitere Ueberstunden im Jahr vorsehen, die gleichfalls mit 25 Prozent Zuschlag zu vergüten sind. Die Zulassung darf jedoch nicht für den gesamten Braunkohlentiefbau erfolgen, sondern nur für einzelne Bezirke oder Gruben, in denen besondere Verhältnisse sie erfordern. Die Bedingungen gelten nicht für den Stein- und Braunkohlentagebau. Hier finden die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag Anwendung. Dabei darf die Zahl der zulässigen Ueberstunden nicht mehr als 100 im Jahr betragen. Wenn besondere Bedürfnisse vorliegen, kann die Behörde Gesamtarbeitsvereinbarungen über weitere 100 Stunden zulassen. Wichtig ist noch die Bestimmung, daß eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu Ungunsten der Arbeiter durch die Konvention nicht eintreten darf. Erst nach Ablauf von drei Jahren ist eine Revision des Abkommens vorgesehen.

Scharfe Sparmaßnahmen in Spanien

Madrid. Der Ministerrat beschloß gestern abend zur Erleichterung des Budgets und namentlich zur Festigung der Währung weitere 190 Millionen Pesetas am Etat einzusparen. Den Löwenanteil an den Sparmaßnahmen muß das Ministerium für öffentliche Arbeiten tragen. Dieses wird eine große Reihe von Neubauten einstellen, darunter den der direkten Eisenbahnlinie von Madrid nach Burgos, die die Reise zur französischen Grenze um etwa zwei Stunden abkürzen sollte. Sodann aber wird besonders an Heer und Marine gespart und zwar zusammen 65 Millionen. Die durch Einstellung der Staatsarbeiten brotlos werdenden Arbeiter sollen der Landwirtschaft zugeführt werden. Ferner ermächtigt das Kabinett den Arbeitsminister, eine nationale Kohlenkonferenz einzuberufen, die sich mit dem Arbeitszeitproblem im asturischen Bergbau befassen soll. Damit wird einer Forderung der Syndikalisten nachgegeben, die als Gegenleistung wohl heute oder morgen den Streik in Asturien einstellen werden. Die Streikparole ist zwar nur von einer Minderheit befolgt worden, aber es kam immer wieder zu Sabotageakten, so daß eine Beruhigung der Gemüter durch die Kohlenkonferenz von großer Wichtigkeit erscheint.

Die Metropoliten der spanischen Kirche, das heißt die Erzbischöfe, und wenige Bischöfe haben in Toledo eine gemeinsame Erklärung zur Tagespolitik abgegeben. Darin fordern sie von der Regierung, daß keinerlei Aenderungen in den Bestimmungen über die Kirche getroffen werden, ohne daß der Papst seine Zustimmung dazu gegeben hätte. Spanien sei ein rein katholisches Land und die alte Stellung der Kirche müsse gewahrt werden. Die Gläubigen werden aufgefordert, sich aktiv am politischen Kampfe zu beteiligen und unbedingt am 28. Juni zur Wahl zu gehen, um diejenigen Kandidaten zu wählen, die „die volle Gewähr dafür bieten, daß sie die Kirche und die bestehende soziale Ordnung unterstützen“. Damit ist die von den Männern des „Debate“ begründete „Nationale Aktion“ gemeint, die in Madrid den Direktor dieser Zeitung neben Sanchez Guerra als Kandidaten aufgestellt hat.

Die gestrige Besichtigungsfahrt des Ministerpräsidenten und des Finanzministers nach dem Escorial hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Nationalversammlung prinzipiell in Madrid tagen soll; lediglich für den Fall von Störungsversuchen oder allzu großer Hitze wird der Escorial vorbereitet. Nach einer Mitteilung des Finanzministers soll die große Aula der Augustiner-Universität im Escorial für diesen Zweck sehr geeignet sein. Die Abgeordneten werden in Madrid wohnen und täglich mit einem Sonderzug hinausfahren. Für die Unterbringung der Beamten der Versammlung haben die Augustiner hundert während der Sommerferien leerstehende Zellen der Schüler zur Verfügung gestellt.

Die Mutter

ROMAN VON LOLA STEIN

6. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Also sind Sie ein glücklicher Mensch, gnädiges Fräulein.“

Die lachenden Mädchenaugen wurden ernst, verdunkelten sich. Glücklich? Habe ich das gesagt? Nein, glücklich bin ich nicht, Herr Holst.“

„Was fehlt Ihnen, Fräulein Uschi?“

„Der Inhalt des Lebens,“ sagte sie leise. „Ich schilderte Ihnen die Außenseite. Gewiß, für den flüchtigen Beobachter habe ich alles, was ein Mädchendasein hübsch und bunt machen kann. Aber eben dieses Mädchendasein, ohne Inhalt der Tage ist es, was mich nicht befriedigen kann. Eigentlich ist es ein einziges, langes Warten. Aber worauf? Auf die Ehe? Die Liebe?“

„Sicher nur darauf,“ antworte er. „Denn sie bringt der Frau ja erst die wahre Erfüllung ihres Seins.“

„Ich denke, man könnte in einem Beruf zufriedener sein,“ meinte sie. „Ich wollte schon vielerlei beginnen. Aber das alles sind ja doch nur Surrogate. Man nimmt in einem ernsthaften Beruf ärmeren Mädchen das Brot weg, und eine ausgesprochene Begabung habe ich nicht. Und dann wollte Papa, so leicht zu lenken und gutmütig er sonst auch ist, absolut nicht, daß ich einen Beruf erwählte.“

„Sie passen auch nicht dazu, Sie sind zu hübsch, zu verwöhnt, zu luxuriös für einen harten Beruf. Ich könnte und möchte Sie mir nicht anders denken. Nein, dazu sind Sie nicht geschaffen.“

„Wozu aber bin ich geschaffen?“ fragte sie.

„Ich glaube, zum Glücklichmachen,“ sagte er ernst und sah sie lange an.“

Uschi erwiderte den Blick. Groß und voll ruhten ihre Augenpaare ineinander. Aus den seinen sprach eine starke Huldigung, eine große Zärtlichkeit.

Da plauderte sie weiter. Gab sich ganz so, wie sie war, und wie Fremde sie sonst nicht sahen. Wie sie auch ihr Vater nicht kannte. Redete von der unbestimmten Sehnsucht ihres Herzens, von dem Wunsch nach einem andern Dasein. Es waren Mädchenwünsche, Mädchenphantastereien, die Udo Holst vernahm. Die ihn bis heute nicht bekümmert, die ihn aus anderem Mund wohl gelangweilt hätten. Aber alles, was von diesen roten Lippen kam, schien ihm neu, interessant und beglückend.

Ja, beglückend, das war die richtige Empfindung. Ob Uschi von sich selbst sprach, ob sie von anderen Menschen aus ihrer Umgebung erzählte, als sie ihr Innenleben oder ihr äußeres Dasein vor ihm entrollte, alles war gleich süß zu hören. Vielleicht war es nur der Klang dieser hellen Stimme, die an ein zwitscherndes Singvögelchen erinnerte. Vielleicht war es nur ihre Nähe, die ihn bezauberte. Er wußte es nicht. Er dachte auch nicht darüber nach. Er gab sich dem Neuen und Erschütternden hin, das ihn im tiefsten Sein an diesem Tage bewegte und war glücklich.

Als die jungen Menschen sich einige Stunden später trennten, geschah es mit einer Verabredung für den nächsten Tag. Der Abend, der einsam vor ihnen beiden lag, schien ihnen verloren zu sein. Sinn und Gedanken waren auf das Wiedersehen gerichtet.

Sie fühlten, daß sie sich noch so viel zu sagen haben würden. Unbegreiflich nahe waren sie sich am ersten Tage ihrer Bekanntschaft gekommen.

Unbegreiflich glücklich war ihnen beiden zu Sinn.

V.

Es schellte heftig an der Entreetür, und Ellen Holst, die mit einer Näharbeit in Udos Arbeitszimmer gesessen hatte, ging, um zu öffnen.

Sie prallte förmlich zurück, als sie Udo vor sich stehen sah. Er umarmte sie stürmisch im Halbdunkel des Flurs und küßte sie leidenschaftlich.

„Udo, Junge, Bub!“ Was ist denn geschehen! Nein, diese Ueberraschung! Zehn Tage bist du fort, geschrieben hast du nicht allzuviel und immer nur sehr lakonisch und kurz. Und nun bist du plötzlich wieder da. Ich denke, Hamburg ist eine zauberhafte Stadt, dein Gastwirt ein Mustermensch, alle Leute, die du kennen gelernt hast, liebenswürdig und reizend, und du bist glücklich? Warum um Gottes willen, kommst du dann aber schon zurück.“

„Laß dir alles erklären, Schatzi!“ Er zog sie ins Zimmer hinein. „Ich komme, weil ich Sehnsucht nach dir hatte, weil ich es ohne dich nicht mehr aushielt.“

Ihr schönes Gesicht strahlte.

„Aber, Büberle das ist doch —“ Sie war unbeschreiblich glücklich bei seinen Worten. Wie schön war es, so geliebt zu werden. Aber er sagte nun:

„Nein, nein, so wie du denkst, ist es gar nicht. Ich komme ja nicht aus gewöhnlicher Sehnsucht zu dir, Schatzi. Ich bin unsagbar glücklich und konnte mein großes Glück nicht allein mehr tragen. Du sollst darum wissen, sollst daran teil haben. Und schriftlich sagt sich so etwas zu schwer.“

Ellen Holst wurde um einen Schatten bleicher.

„Udo, was ist denn geschehen?“

Da war er wieder an ihrer Seite, umfaßte sie, jubelte: „Schatzi, ich habe mich verlobt!“

Und als sein Jubel keinen Widerhall bei ihr fand, als sie ihm nur fassungslos ihr erschrecktes Gesicht zuwandte, da rief er enttäuscht und traurig:

„Du sagst gar nichts? Du bist nicht froh? Du wünschst mir kein Glück?“

„O, Gott, laß mich doch erst zur Besinnung kommen. Muß ich dir Glück wünschen, Udo, wo mein ganzes Sein und Wesen nur ein Wünschen für dich, für dein Glück, deine Zukunft ist?! Aber — verlobt! Ich kann es so schnell gar nicht fassen. Mit wem? In zehn Tagen, Udo!“

„Ich liebte sie am ersten Tage schon,“ sagte Udo. „Und sie mich. Es ist eine überwältigende Leidenschaft. Und natürlich ist es die kleine Uschi, die ich liebe. Wer sollte es sonst wohl sein?“

„Ein kleines Bürgermädchen aus gutem Hause, Udo! Paßt sie zu dir? Du sprachst eben von Leidenschaft. Das scheint mir das richtige Wort. Aber Liebe, wenn man sich zehn Tage kennt?“

(Fortsetzung folgt.)

Pleß und Umgebung

Vortrag Wanderturnlehrer Dulawski.

Wir geben nochmals bekannt, daß am Freitag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Plesser Hof“ ein Vortrag des Turnlehrers Dulawski aus Kattowitz über zeitgemäßes Turnen im Rahmen des Turn- und Spielvereins Pleß stattfindet. Musterschüler der Schule Dulawski werden dem Publikum den Vortrag praktisch erläutern. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 0,50 Zloty erhoben.

Generalversammlung des katholischen Frauenbundes Pleß.

Am Mittwoch, den 17. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im „Plesser Hof“ die Generalversammlung des Katholischen Frauenbundes statt.

Nachrichten der katholischen Kirchengemeinde Pleß.

Sonntag, den 21. d. Mts., 6½ Uhr: stille heilige Messe; 7½ Uhr: polnisches Amt mit Segen für die Erstkommunikanten. 9 Uhr: deutsche Predigt und Amt mit Segen für die Rose Josephine Gawlik; 10½ Uhr: polnische Predigt und Amt mit Segen.

Ober-Goczalkowitz.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag brannte auf der Wawrzyczekschen Besitzung eine Scheune nieder, die bereits baufällig und zum Abbruch bestimmt war. Es wird Bandstiftung vermutet.

Aus den Beskiden.

In den Beskiden sind in letzter Zeit einige Markierungen geändert und mehrere Wege erneuert worden. Geändert wurden folgende Markierungen: Neuaufgefrischte Wegezeichen: 1. Wegierska-Gorka, Glinne, Magorka, Barania Schutzhaus und zwar sind die Wegzeichen weiß-rot-weiß in einer Länge von 15 Kilometern. Unterhalb derMagorka, wo bisher infolge Fehlens der Bäume, Steine usw. die Markierung sehr erschwert war, wurden Wegweiser aufgestellt. Richtung Ustron, Rownica, grüne Farbe, Länge 6 Kilometer. Bis Ustron rote Farbe und Blatnia-Brenna grüne Farbe in einer Länge von 4 Kilometern, Milowka Schutzhaus unter der Barania, gelbe Farbe, in einer Länge von 10 Kilometern. — Neue Markierungen: Die früher rot-weiße Markierung auf dem Wege Polana-Rownica wurde in blau umgewandelt und zwar in einer Länge von fünf Kilometer, weiß-blau wurde in einer Länge von 18 Kilometer die Markierung weitergeführt auf dem Wege Rownica - Malinka - Sahnopol - Malinow-Malinowka-Skalka. — Erneuert wurde die schon bestehende Tafel aufder Rownica, außerdem wurde einWegweiser nachMalinow-Malinowska-Skalka dort aufgestellt, wo von der früheren Markierung der Weg nach Jaskinia Malinowska führt. Der Weg erhielt eine weiße Markierung. Weitere Wegzeichen, wurden in Polana aufgestellt, wo der Pfad nach der Rownia führt und die Abzweigung von der Hauptchaussee Polana-Weichsel liegt. Insgesamt gibt es 6 Markierungstafeln und zwar: Ustron, Polana, Wegierska-Gorka, Milowka, Rownica, Barania, ferner neun Wegweiser, einer nach Polana, nach Weichsel, zwei nach der Rownica, zwei bei der Kreuzung der schwarzen Weichsel und Biala, zwei nach Wegierska-Gorka und einer bei Jaskinia-Malinowska. Außerdem wurden im Saybuscher Gebiet in der Gegend des Pilsko und der Sucha Gora die Wege außerordentlich gut kenntlich gemacht.

Aus der Wojewodschaft Schlesien

„Świadectwo moralności“

Früher haben wir solche „Swiadectwo moralnosci“ in Oberschlesien nicht gekannt, desgleichen wußten wir auch gar nicht von einer „Ksienga dusz“ und sind groß und alt geworden. Heute müssen wir uns mit diesen Dingen herumplagen und dabei ärgern, daß einem die Galle zum Halse herauskommt. „Swiadectwo moralnosci“, das ist eine alte österreichische Ueberlieferung aus der Maria Theresia-Zeit. Man nannte das in Oesterreich „Sittenzeugnis“. Gewiß hatten wir auch in Deutschland ein „Sittenzeugnis“ gehabt, aber man nannte das „Führungszeugnis“ oder „Strafregister“. Das war aber ein Geheimnis für den Bürger gewesen, daß nur den Gerichten und den Polizeibehörden zugänglich war. Heute müssen wir das bei jeder Gelegenheit beschaffen und die Stempelmarken dafür bezahlen. Irgend ein gewesener k. u. k.-Beamter hat diese Unsitte bei uns eingeführt und jetzt haben wir das Sittenzeugnis da, dem wir jeden Augenblick nachlaufen müssen.

„Ksienga dusz“ ist wieder eine russische Erfindung, die man in Mitteleuropa überhaupt nicht kannte. Wir hatten in Deutschland die Standesämter, die zweifellos viel verläßlicher sind als eine kleine Heimatgemeinde. In den Großstädten mag das vielleicht gehen, weil dort der Magistrat über verläßliche Kräfte verfügt, die die Gewähr bieten, die „Ksienga dusz“ gut zu führen, aber in den kleinen Gemeinden, besonders in den östlichen Gebieten besteht diese Gewähr nicht. Unsere Standesämter sind ganz zuverlässig. Was sie in das Standesregister eintragen, da kann die Hand ins Feuer gelegt werden, daß die Sache stimmt. Wozu brauchen wir dann noch extra eine „Ksienga dusz“ wenn alle Daten, die sich auf die Geburt, Heirat und Tod des Menschen beziehen, in dem Standesregister stehen? Wozu diese doppelte Schmiererei und doppelte Lauferei? Haben wir denn wirklich zu viel Geld, um zwei Standesregister für einen jeden Menschen zu führen? Um solche „Ksienga dusz“ führen zu können, brauchen wir einen Riesenapparat im Staate, der bezahlt werden muß. Es sei denn, daß wir neue Stellen schaffen wollen, um die arbeitslosen Angestellten zu beschäftigen. Ein ehemaliger russischer „Czynownik“, der eine Referentenstelle im Ministerium oder irgendwo bekleidet, ist auf den Gedanken gekommen, daß eine „Ksienga dusz“ unbedingt notwendig ist und wir stehen machtlos diesem „erfinderischen Geist“ gegenüber. Werden wir künftighin von der Behörde was brauchen, da kann die Lauferei losgehen, vom Standesamt auf die Geburtsgemeinde und das Meldeamt und zurück und werden die Stempelmarken kleben.

Wir haben schon öfters an dieser Stelle über die praktische Auswirkung einer solchen Einrichtung berichtet. Heute wollen wir über einen neuen Fall berichten, über welchen sich der „Blagierek“ aufregt, der aber sonst für die Bürokratisierung des Lebens viel Verständnis zeigt, sobald das nach dem österreichischen Muster geschieht.

Ein Gymnasiast will als Freiwilliger in die Armee eintreten. Er hat das Gymnasium in Krakau beendet und hat das Reifezeugnis in der Hand. Das genügt aber nicht für die Militärverwaltung, sie will das „Sittenzeugnis“ sehen. Der Jüngling läuft auf die Polizeidirektion, versorgt sich mit Stempelmarken und ersucht um „Swiadectwo moralnosci“. Das geht aber nicht so leicht, wie er sich das vorgestellt hat. Er ist in Nowy Soncz geboren worden und obwohl seine Eltern, kurz nach seiner Geburt ausgezogen sind, muß die Polizei in Nowy Soncz bestätigen, das der Säugling sich in Nowy Soncz gut geführt hat. Die Bestätigung, die der Jüngling vom Meldeamt beigebracht, daß er die Kindheit in Krakau verlebt und daß er dort die Schule besucht hat, nutzte nichts. Die Sache mußte nach Nowy Soncz überwiesen werden, damit die dortige Polizei bestätige, daß der Säugling sich gut geführt hat. Freilich dauert dann die Sache zwei Monate lang, wenn nur nicht länger, bis aus der Heimatgemeinde dieBestätigung eintrifft. So wird es überall gemacht, weil die Vorschriften so lauten. Das wissen wir hier in der Wojewodschaft am besten, wenn wir die Zuständigkeitsbestätigung gebrauchen. Bei den letzten Sejmwahlen haben Sanatoren die Staatszugehörigkeit der deutschen Arbeiter angefochten und die Arbeiter waren genötigt, die Bestätigung über die polnische Staatszugehörigkeit beizubringen, wenn sie das Wahlrecht nicht verlieren wollten. Das war aber nicht so einfach und dadurch ist der Wahlrechtsraub zum guten Teil gelungen.

Die Arbeitslosigkeit und die schlesischen Gemeinden

Der Vorstand des Arbeitslosenfonds gegen die Kürzung der Unterstützungen — Kreisausschüsse wollen die Sache abschütteln — Stellungnahme der schlesischen Gemeinden zur Kürzung der Arbeitslosenunterstützung

Die beabsichtigte und zum Teil schon durchgeführte Kürzung der Arbeitslosenunterstützung hat nicht nur unter der Arbeiterschaft große Aufregung hervorgerufen, sondern auch die kommunalen Selbstverwaltungen in die denkbar schwierigste Lage versetzt. Selbst die Polizei ist für diese Sache „interessiert“, denn sie muß dann gegen die hungrigen Massen der Arbeiter, die nach Brot schreien, vorgehen. In der schlesischen Wojewodschaft ist die Arbeitslosenunterstützung an die Gemeinden abgelehnt. Die Gemeinden unterhalten die Arbeitsvermittlungsämter und die Gemeinden zahlen die Arbeitslosenunterstützung aus.

Die Gemeinden stehen ständig mit den Arbeitslosen in Berührung.

Auch die Kreisausschüsse haben mit der Arbeitslosigkeit viel zu tun, weil sie den Arbeitslosenfonds verwalten. Der Arbeitslose ist doch ein Bürger, der sein Anliegen zuerst bei seiner Gemeinde vorbringt. Er geht auch auf die Starostei und verlangt von dort Hilfe, wenn ihm die Hilfe in der Gemeinde versagt wurde. Die Kreisverwaltungen haben sich auch mit dem Problem der Arbeitslosigkeit in der Konferenz am 7. Juni in Kattowitz befaßt und wandten sich

an die Regierung, diese möge sie von diesen Lasten befreien.

Wir glauben sehr gern, daß ihnen die Sache recht unangenehm ist, sich mit den Arbeitslosen herumzuplagen. Darüber könnten die Gemeinden recht viel erzählen, denn sie besorgen die Arbeitsvermittelung und die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung unentgeltlich und haben dabei meistens noch sehr viel Scherereien.

Besonders jetzt, nachdem die Arbeitslosenunterstützung gekürzt wurde, richtet sich die Wut der Arbeitslosen in erster Reihe gegen die Gemeinde.

Der Arbeitsminister ist weit und die Gemeinde ist bei der Hand. Sie hat bis jetzt dem Arbeitslosen die Unterstützung ausgezahlt und ihm die Hiobsbotschaft mitgeteilt, daß er keine Unterstützung mehr erhalten wird, weil er bereits durch 13 Wochen die Unterstützung bezogen hat und sie wurde auf 17 Wochen nicht verlängert. Der Arbeitslose gibt seinem Unmut . durch Schimpfen Ausdruck und das bekommt die Gemeinde und nicht der Arbeitsminister zu hören. Nachdem die Staatshilfe beschnitten beziehungsweise ganz abgeschafft wurde, sind die Gemeinden in die

allergrößte Verlegenheit

geraten. Einzelne Gemeinden haben auch sofort die Auszahlung der Unterstützung von der „Pomoc dorazna“ eingestellt, andere Gemeinden zahlen sie aus ihren eigenen Mitteln weiter. Lange werden sie das nicht mehr machen können, weil die Einnahmen immer mehr zurückgehen und die Mittel fehlen. Die Sache kann nicht so weiter bleiben, sie muß geregelt werden.

Der Arbeitslosenfonds hat sich mit der Einschränkung der Unterstützung befaßt und dazu Stellung genommen. Die Stellungnahme bezieht sich sowohl auf die Kürzung der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung, als auch auf die Einschränkung der Staatshilfe.

Beide Kürzungen lehnt der Arbeitslosenfonds ab und verlangt die Wiederherstellung der alten Unterstützungssätze.

Die Not des schlesischen Volkes haben Organe des Arbeitsministeriums zum guten Teil verschuldet. Wir meinen hier den Demobilmachungskommissar, der lustig weiter reduziert, obwohl er den Arbeitern zugesagt hat, daß keine weiteren Reduzierungen mehr vorgenommen werden. Die Regierung kann unmöglich jetzt sagen, daß sie die Arbeitslosen nicht mehr unterstützen wird, nachdem der Demobilmachungskommissar ohne triftige Gründe der Arbeiterreduzierung zustimmte,

um die Arbeitrationalisierung zu fördern.

Von diesem Standpunkte ging auch der Vorstand des Arbeitslosenfonds aus, als er die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung ablehnte. Doch kann der Arbeitslosenfonds die alten Unterstützungssätze nicht wieder herstellen, denn das ist Sache des Arbeitsministeriums.

Der Vorstand des Arbeitslosenfonds kann die Sache nur begutachten, was er auch in seinem Beschluß getan hat.

Zu dieser dringenden Frage haben auch die

schlesischen Gemeinden Stellung

genommen. Dieser Tage hat in Kattowitz eine außerordentliche Sitzung des Verbandes der schlesischen Gemeinden stattgefunden, die sich mit der Beschränkung der Arbeitslosenunterstützung befaßte. Das Referat über dieses Thema erstattete der erste Bürgermeister von Königshütte, Dr. Spaltenstein, der in bewegten Worten die Notlage der Arbeiter schilderte.

Die private Hilfsaktion macht aus den Arbeitern Bettler, und ist nicht in der Lage, die amtliche Unterstützung zu ersetzen.

Die Arbeiter sind Bürger, wie alle anderen, und es ist nicht ihre Schuld, daß sie ohne Arbeit dastehen. Die Unterstützungsaktion ist bei uns derart zersplittert, daß die Arbeiter nicht wissen, was ihnen zusteht. In Königshütte sind 6488 Arbeiter ohne Arbeit und 4183 Arbeiter beziehen gar keine Unterstützung. Die Gemeinden müssen hier helfend eingreifen, und die Folge davon ist die Ueberschuldung der Gemeinden, die wichtige Investitionen nicht durchführen können. Man muß darauf gefaßt sein, daß demnächst die Lage der Gemeinden in finanzieller Hinsicht unhaltbar sein wird.

Wir müssen daher eine Novellisierung der gesetzlichen Hilfsaktion verlangen.

Ein Gesetz muß geschaffen werden, das genau besagt, wie lange der Arbeiter das Recht auf die Unterstützung hat, und wie hoch die Unterstützung sein wird.

Die Staatshilfe soll demnächst ganz aufhören. Sie wurde gegenwärtig auf ein Drittel beschränkt. Das Wojewodschaftsamt zahlte für diese Zwecke früher 320 000 Zloty und jetzt werden nur 100 000 Zloty monatlich gezahlt. Die Unterstützung für die Kurzarbeiter wurde ganz eingestellt, und die gesetzliche Unterstützung auf 13 Wochen beschränkt. Reichlich die Hälfte der Arbeitslosen stehen ohne jede Unterstützung da. Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, um die Staatsbehörden zu überzeugen,

daß die Unterstützungsaktion eine Notwendigkeit

ist. Die Mittel dazu müssen sich finden.

Nach dem Referat wurde eine lange Entschließung angenommen, in der zuerst festgestellt wird, daß die

Einschränkung der Unterstützungsaktion die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährde.

Die Gemeinden verlangen die Ersetzung der Kosten für die Erhaltung der Arbeitsvermittlungsämter. Weiter verlangen die Gemeinden höhere Kredite, damit sie bei den Investitionsarbeiten die Arbeitslosen beschäftigen können.

Die Versammlung wendet sich an das Wojewodschaftsamt und den Schlesischen Sejm mit dem Ersuchen, dahin zu wirken, daß die bisherige Unterstützungsaktion nicht eingeschränkt wird.

Zuletzt wird die Erhöhung der Kredite für die Wojewodschaftsaktion bis zu 500 000 Zloty verlangt und die Meinung ausgesprochen, daß eventuell der 15prozentige Abbau der Gehälter der Staats- und Kommunalbeamten zu der Hilfsaktion herangezogen werde. Auch wird eine Novellisierung der bisherigen Unterstützungsaktion verlangt.

Bezeichnend war es, daß der Kattowitzer Bürgermeister Dr. Kocur, und der Nikolaier Bürgermeister Koj der Konferenz demonstrativ ferngeblieben sind.

Das „kleine Selbstverwaltungsgesetz“

Die Regierung arbeitet an einem Gesetzentwurf, der sich auf die kommunale Selbstverwaltung bezieht. U. a. ist dort die Rede von „Sammelgemeinden“. Das ist so zu verstehen, daß mehrere Gemeinden zusammengeschlossen werden können, die dann nach außenhin als eine Gemeinde erscheinen werden. Die Selbstverwaltungskörperschaften werden Vorschläge machen und darüber wird das Innenministerium entscheiden. Das Ministerium ist an die Vorschläge nicht gebunden und wird selbständig entscheiden. Weiter wurden etliche Befugnisse der Wojewodschaft auf die Starostei übergetragen. So z. B. wird nach dem neuen Gesetzesentwurf der Gemeinderat nicht durch den Wojewoden, sondern durch den Starosten aufgelöst werden können. Auch wird das Wahlrecht für die Kommunen an Berufs-Militärpersonen ausgedehnt. Der Entwuruf wird dem Sejm zur Beschlußfassung vorgelegt.

Vor der Plenarsitzung des Sejms

Für den kommenden Mittwoch wurde eine Plenarsitzung des Schlesischen Sejms, um 3 Uhr nachmittags mit einer umfangreichen Tagesordnung festgesetzt.

Kündigung bei Rückstand des Mietszinses

Das Oberste Gericht hat in einem Urteil dahin entschieden, welches auf der Rechtslage im früheren österreichischen Teilgebiet fußte, daß ein wichtiger Kündigungsgrund, im Sinne des Mieterschutzgesetzes, auch dann vorliege, wenn der rückständige Mietzins des Mieters nicht zwei volle Monatsraten betrage. Die Worte des Gesetzes „wenigstens zwei aufeinander folgender Mietsgeldraten“, verlangen nicht unbedingt zwei volle Raten. (Reg. Nr. 6772/26). Wenn auch die Entscheidung nicht von der oberschl. Rechtslage ausgeht, so läßt sie sich doch auf diese sinngemäß anwenden. Das Mieterschutzgesetz vom 16. Dezember 1926 hebt im Artikel 11, Absatz 2a, hervor, wonach ein wichtiger Kündigungsgrund vorliege, wenn der Mieter trotz Mahnung mit der Zahlung von mindestens 3 aufeinander folgenden Monatsraten im Rückstande sich befindet Nach dem vorstehenden Urteil wird diese Bestimmung so auszulegen sein, daß nicht volle 3 Monate es sein brauchen. Ein wichtiger Grund zur Kündigung ist auch schon dann gegeben, wenn der Mieter mit zwei vollen Raten und einen Teil der dritten rückständig ist.

Sterblichkeitsziffer im Kattowitzer Landkreis

Im Mai wurden innerhalb des Landkreises Kattowitz 223 Sterbefälle registriert. Unter den Verstorbenen befanden sich 114 männliche und 109 weibliche Personen. Gestorben sind 69 Kinder im Alter bis zu einem Jahr, 11 Kinder von 1 bis 5 Jahren, 3 Kinder von 5 bis 10 Jahren, 4 Kinder von 10 bis 15 Jahren, ferner 4 Erwachsene im Alter von 15 bis 20 Jahren, 20 Erwachsene von 20 bis 30 Jahren, 19 Erwachsene von 30 bis 40 Jahren, 13 Erwachsene von 40 bis 50 Jahren, 12 Erwachsene im Alter von 60 bis 70 Jahr. sowie 45 Personen im Alter von über 70 Jahr.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.

Der Zoll auf Streichhölzer und Zündapparate

Die Akzisebehörden haben eine Benachrichtigung über die Aenderung des Einfuhrzolls für Taschenzünder, Zündsteine und Streichhölzer erhalten. Laut der neuen Verfügung beträgt der Zoll für eingeführte elektrische Anzünder sowie andere Apparate, die zum Entzünden von Feuer dienen, teilweise oder ganz aus teurem Material hergestellt, vergoldet oder versilbert sind, im Gewicht bis 60 Gramm 15 Zloty für das Stück. Bei Zündern im Gewicht von über 60 Gramm wird ein Zoll in Höhe von 18 000 Zloty für jede 100 Kilo und außerdem 7,50 Zloty von jedem Stück der Zünder erhoben. Elektrische Zünder (wohl Lampen), die an Fahrzeugen jeder Art montiert sind, unterliegen diesen Zollsätzen nicht. Für Zünder aus gewöhnlichem Material im Gewicht von 60 Gramm beträgt der Zoll 5 Zloty für das Stück, solche im Gewicht von über 60 Gramm 18,00 Zloty für jede 100 Kilo Gewicht und außerdem 4 Zloty für das Stück.

Zündsteine unterliegen einem Zoll in Höhe von 1500 Zloty für 100 Kilo. Für aus dem Auslande bezogenen Streichhölzer beträgt der Zoll für normale Streichhölzer 40 Zloty für 100 Kilo und für jede andere Art Streichhölzer 60 Zloty für 100 Kilo.

Gerichtsferien in Kattowitz

In der Zeit vom 15. Juni bis einschließlich zum 15. September finden beim Kattowitzer Land- und Kreisgericht die diesjährigen Sommerferien statt. In dieser Zeit werden nur dreimal in der Woche Strafprozesse zur Verhandlung kommen.

Der beleidigte Staatsanwalt

Am Sonnabend war vor dem Landgericht Kattowitz, unter Vorsitz des Landrichters Podolecki, ein interessanter Beleidigungsprozeß angesetzt. Die Vertretung der Anklage übernahm Unterstaatsanwalt Dr. Mehoffer. Es klagte gegen den Warschauer Juristen Konstantyn Gytrowc der Unterstaatsanwalt Dr. Daab vom Kattowitzer Bezirksgericht. Der Beklagte stellte dem Dr. Daab ein Schreiben zu, in welchem zum Ausdruck kam, daß der Angeklagte infolge unkorrektem Vorgehen des Unterstaatsanwalts Dr. Daab schwere materielle Verluste erlitten habe. Diese Zuschrift gab den Anlaß zu der gerichtlichen Beleidigungsklage. In erster Instanz wurde Konstantyn Gytrowc zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt. Er legte hiergegen jedoch Berufung ein, erschien jedoch nicht zu der angesetzten Berufungsverhandlung am Sonnabend. Der Beklagte stellte dem Gericht ein Schreiben zu und teilte darin mit, daß er in Warschau am gleichen Tage einen wichtigen Prozeß wahrzunehmen habe. Außerdem stellte der Beklagte Antrag auf protokollarische Vernehmung des Hauptzeugen. Geistlichen Dionizy Bonczkowicz aus Wolhynien, der einige Tage dazu brauchen würde, um vor dem Kattowitzer Gericht zu erscheinen. Dessen Aussagen aber wären für den Ausklang des Prozesses von außerordentlicher Wichtigkeit. Das Gericht gab dem Antrag auf Vertagung statt.

Kattowitz und Umgebung

Als vermißt gemeldet. Am 4. d. Mts., entfernte sich der 16jährige Schlosserlehrling Jan Mucha, von der ulica Kochanowskiego 4 aus Kattowitz, aus der elterlichen Wohnung und kehrte seit dieser Zeit nicht mehr zurück. Nach einer Beschreibung ist der Vermißte etwa 160 cm groß, blond und hat blaue Augen, sowie gesunde Zähne. Bekleidet war der Lehrling mit einem blauen Anzug, braunen Schuhen und grauem Hut. Personen, welche über den jetzigen Aufenthalt des Vermißten irgendwelche Angaben machen können, werden ersucht, sich unverzüglich bei der Kattowitzer Polizeidirektion auf der ulica Zielona 28, oder bei der nächsten Polizeistelle, zu melden.

Verzweifelungstat. In der Baracke auf der ulica Krasinskiego in Kattowitz verübte die 33jährige Gertrud Golik Selbstmord, indem sie Karbol einnahm. Die Tote wurde in die Leichenhalle des städtischen Krankenhauses geschafft. Familienzerwürfnisse sollen das Motiv zur Tat gewesen sein.

Autozusammenprall. Auf der ulica Wojewodzka in Kattowitz kam es zwischen zwei Personenautos zu einem Zusammenprall. Beide Kraftwagen wurden beschädigt. Den Verkehrsunfall sollen beide Chauffeure verschuldet haben, welche ein zu schnelles Fahrttempo eingeschlagen hatten.

Unerwünschter „Besuch“. In der Nacht zum 13. d. Mts. wurde in die Wohnung des Händlers Richard Berger, auf der ulica Pocztowa 11, ein Einbruch verübt. Die Täter erbrachen dort mehrere Fächer und stahlen aus denselben u. a. einen Geldbetrag von 300 Zloty, ferner eine goldene Taschenuhr, sowie eine silberne kleine Wanduhr im Gesamtwerte von 600 Zloty. Den Tätern gelang es mit der Diebesbeute unerkannt zu entkommen. Vor Ankauf der beiden gestohlenen Uhren wird polizeilicherseits gewarnt.

Geschäftseinbruch. Der Kaufmann Maurycy Landau von der ulica Plebiscytowa 35 in Kattowitz, machte der Polizei darüber Mitteilung, daß in der Nacht zum 13. d. Mt. in sein Geschäft ein Einbruch verübt wurde. Die Täter stahlen dort u. a. 58 Büchsen mit Oelsardinen im Werte von 150 Zloty. Im Laufe der polizeilichen Feststellungen gelang es, als mutmaßliche Täter, einen gewissen Karl B. und Josef R. aus Kattowitz zu ermitteln und festzunehmen. Beide wurden in das Kattowitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Firma „Klemm und Lange“. Aus einer Garage wurde zum Schaden des Kaufmanns Kurt Donbrowski in Kattowitz ein photographischer Apparat, sowie ein elektrisches Feuerzeug, gestohlen. Im Laufe der polizeilichen Feststellungen wurde als der eigentliche Täter der Arbeiter Stefan M. arretiert, welcher bei dem Kaufmann tätig gewesen war. — In einem anderen Falle wurde aus einem Klassenzimmer der Volksschule in Brynow, zum Schaden der Lehrerin Stanislawa Gorski, ein Damensommermantel, eine lederne Aktentasche, sowie ein Damenhut gestohlen. Der Schaden wird auf 150 Zloty beziffert. — Von einem Wagen wurde auf der ulica Pocztowa in Kattowitz 1 Paket mit Kindersöckchen, seidene Strümpfe, ferner Taschentücher und Weißwäsche im Werte von 140 Zloty gestohlen. Geschädigt wurde durch den Diebstahl der Kaufmann Jakob Libermann von der ulica sw. Pawla 6 in Kattowitz.

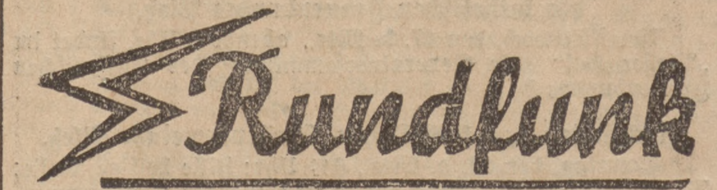
1 Monat Gefängnis für falsche Anschuldigung. Gegen den Bankbeamten Paul Tl., sowie den Arbeiter Georg L., beide wohnhaft in Kattowitz, wurde wegen Beihilfe zur Unmoral durch Bereitstellung von Räumen an fragwürdige Frauenspersonen polizeiliche Anzeige erstattet. Die Beiden richteten daraufhin an die vorgesetzte Stelle des betreffenden Polizeibeamten eine Eingabe, in welcher behauptet wurde, daß der Polizist sich falsche Anschuldigung durch unbegründete Anzeige zuschulden kommen ließ. Nach Ueberprüfung des eigentlichen Sachverhalts wurden die beiden Angeber wegen falscher Anschuldigung des Polizeibeamten unter Anklage gestellt. Die Verhandlung fand am Montag vor dem Kattowitzer Gericht statt und ergab, daß der erste Angeklagte tatsächlich zu späten Nachtstunde in seiner Wohnung Frauenspersonen ein- und ausgehen ließ. Somit hatte es in diesem Falle mit der polizeilichen Anzeige volle Richtigkeit. Das Gericht verurteilte den Bankbeamten, daher wegen Verleumdung des Polizeibeamten, zu 1 Monat Gefängnis. Der Mitangeklagte kam mangels genügender Schuldbeweise frei.

Zawodzie. (Folgenschwerer Verkehrsunfall.) Auf der ulica Murckowska im Ortsteil Zawodzie, und zwar in der Nähe des Försterhäuschens, kam es zwischen einem Motorradfahrer und dem Fuhrwerk des Georg Sikora zu einem Zusammenprall. Der Motorradler stürzte vom Rade hinunter und erlitt durch den wuchtigen Aufprall auf das Straßenpflaster erhebliche Verletzungen am ganzen Körper. Der Verunglückte mußte nach dem St. Elisabethstift in Kattowitz überführt werden. Nach den inzwischen eingeleiteten polizeilichen Feststellungen trägt der Motorradler die Schuld an dem Verkehrsunfall, welcher ein zu schnelles Fahrttempo eingeschlagen hatte.

Zawodzie. (Freiwillig aus dem Leben geschieden.) Der 40jährige Beamte Karl Matuszczyk aus Kattowitz, verübte in einem Nervenanfall Selbstmord, indem er in den Stauweiher im Ortsteil Zawodzie sprang und ertrank. Nach längeren Bemühungen gelang es, den Toten herauszufischen. Mittels Auto der Rettungsbereitschaft wurde Matuszczyk nach der Leichenhalle des städtischen Spitals geschafft.

Eichenau. (Mit dem Messer erstochen.) Vergangene Nacht gerieten im Gasthaus Skoluda in Eichenau mehrere junge Burschen im angetrunkenem Zustande in Streit, wobei auch das Messer in Tätigkeit gesetzt wurde. Der ledige Chauffeur Karl Wiehulla wurde derart zerstochen, daß er im schwerverletzten Zustande nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte. Wie wir nun erfahren, soll W. an den Verletzungen bereits verstorben sein. Ein anderer Beteiligter, ein gewisser Bulla, konnte mit kleineren Verletzungen flüchten, mußte aber seinen Halbschuh auf dem Kampfplatz hinterlassen.

Errichtung einer neuen Pumpstation in Kattowitz. Das städtische Wasserwerk geht gegenwärtig am Plac Miarki (Blücherplatz) an der ulica Kosciuszki, an den Bau einer neuen Wasserdruck-Pumpstation heran. Die Pumpstation wird am früheren Kinderspielplatz errichtet. Die fraglichen Bauarbeiten werden in eigener Regie ausgeführt. Die Station ist an das Hauptwasserleitungsnetz am Kattowitzer Ring angeschlossen. Auf solche Weise wird beabsichtigt, selbst während der heißen Sommerzeit den höher gelegenen Stadtteil, sowie auch die Ortsteile Ligota-Brynow genügend mit Wasser zu versorgen. Anfangs war geplant, die Wasserdruck-Pumpstation auf der ul. Polna in Kattowitz zu errichten, doch wurde später aus technischen Gründen von diesem Plan abgesehen.



Kattowitz -- Welle 408,7

Mittwoch. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 16,30: Schallplatten. 16,50: Vorträge. 18: Nachmittagskonzert. 19: Vorträge. 19,50: Uebertragung der Oper „La Traviata“. 23: Tanzmusik.

Donnerstag. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge 18: Unterhaltungskonzert. 19: Vorträge. 20,15: Abendkonzert. 22,20: Konzert. 23: Tanzmusik.

Warschau -- Welle 1411,8

Mittwoch. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge 16: Kinderstunde. 16,30: Schallplatten. 16,45: Vorträge. 18: Orchesterkonzert. 19: Vorträge. 19,50: Uebertragung der Oper „La Traviata“. Anschl. Tanzmusik.

Donnerstag. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 17,15: Schallplatten. 17,35: Vortrag. 18: Solistenkonzert. 19: Vorträge. 20,15: Unterhaltungskonzert. 21,30: Vortrag. 22,20: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
12,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.

Mittwoch, 17. Juni. 6,30: Funkgymnastik. 6,45—8,30: Frühkonzert auf Schallplatten. 15,20: Jugendstunde. 16: Vorlesung: „Der Nebelreiter“. 16,30: Spanische Suite. 17: Das Buch des Tages. 17,15: Zweiter landw. Preisbericht; anschließend: Unterhaltungs- und Tanzmusik. 18: Kummer und Trost der Schuljugend im oberschlesischen Industriegebiet. 18,20: Mietrechtsfragen. 18,40: Dreitausend Kilometer unterwegs durch Mitteleuropa. 19: Wettervorhersage; anschließend: Abendmusik. 20: Wettervorhersage; anschließend: Shakespeare spielt Revolution. (Hörspiel). 21: Abendberichte. 21,10: An zwei Flügeln. 21,35: Heiteres aus dem Volksleben. 22,10: Die Breslauer Universitäts-Sternwarte. 22,40: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,50: Kabarett auf Schallplatten. 24: Funkstille.

Donnerstag, 18. Juni. 6,30: Funkgymnastik. 6,45 bis 8,30: Frühkonzert auf Schallplatten. 9: Das Leben in Staat und Wirtschaft. 12,35: Wetter; anschließend: Was der Landwirt wissen muß. 15,20: Kinderfunk. 15,45: Das Buch des Tages. 16: Streichquartett. 16,30: Unterhaltungskonzert. 17,30: Astronomie und Astrologie. 18: Stunde der Arbeit. 18,30: Zweiter landw. Preisbericht; anschließend: Das wird Sie interessieren! 19: Wettervorhersage; anschl. Abendmusik auf Schallplatten. 19,45: Wettervorhersage; anschließend Entdeckungen am Sternenhimmel. 20,15: Aus Trier: Eröffnungsfeier der 6. Reichstagung des Katholischen Jungmännerverbandes Deutschlands in der Treviris. 21: Abendberichte. 21,10: Heitere Stunde. 22,20: Schlesische Arbeitsgemeinschaft „Wochenende“. 22,40: Alte und neue Tanzmusik. 0,30: Funkstille.